Stellungnahme der Stadtverwaltung Erfurt zur Drucksache 2785/17

Titel

Komplexobjekt Mönchsgasse/ St.-Ulrichs-Gasse, Alach- grundhafter Straßenausbau

Öffentlichkeitsstatus

öffentlich

Stellungnahme

Zur nächsten Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses am 11.01.2018 sind folgende Fragen zu beantworten:

- 1. Werden infolge der Maßnahme Straßenausbaubeiträge von den Anwohnerinnen und Anwohnern erhoben? Wenn ja, in welcher Höhe?*

Da es sich bei dem Komplexobjekt um einen grundhaften Ausbau der Straße handelt, werden nach Straßenausbaubeitragsatzung der Stadt Erfurt Beiträge erhoben. Die Höhe der Kosten für die einzelnen Beitragspflichtigen ist von den umlagefähigen Kosten, die aus den gesamten Bau- und Baunebenkosten ermittelt werden und dem Verhältnis der beitragspflichtigen gewichteten Grundstücksflächen abhängig. So lange keine endgültigen Kosten laut Schlussrechnungen der zu beauftragenden Baufirmen, aber auch die weiteren rechtlichen Voraussetzungen zur Beitragserhebung vorliegen, kann keine verlässliche Auskunft hinsichtlich der Höhe der zu erwartenden Straßenausbaubeitragslast gegeben werden. Vor Bescheiderlass werden die Grundstückseigentümer zeitlich ausreichend über die zu erwartende Höhe der Kosten informiert. Ratenzahlungen können gegebenenfalls vereinbart werden.

- 2. Wurden die Anwohnerinnen und Anwohner im Vorfeld über die Durchführung der Maßnahme und die ggf. für sie entstehenden Kosten informiert? Wenn ja, wann? Wenn nein, warum nicht?*

Die Gemeinde ist verpflichtet, so frühzeitig wie möglich die betroffenen Anlieger über geplante Baumaßnahmen zu informieren, deren Belange hinsichtlich des Projektes zu prüfen und wenn sachlich begründet, diese in ihrer Planung zu berücksichtigen. Entsprechend § 13 Thüringer Kommunalabgabengesetz (ThürKAG) erfolgte die ortsübliche frühzeitige Bekanntmachung hinsichtlich der beitragspflichtigen Baumaßnahme St.-Ulrichs-Gasse am 09.06.2017 und die Bekanntmachung für die beitragspflichtige Mönchsgasse bereits am 07.05.2016 im Amtsblatt der Stadt Erfurt. Von der Abteilung Bau des TVA wurde am 13.04.2017 auf die Baumaßnahme durch ein Anschreiben an die Grundstückseigentümer hingewiesen.

Darüber hinaus gab es Ortstermine am 25.04.2017 bzw. 02.05.2017 mit verschiedenen Grundstückseigentümern. Im Rahmen dieser Gespräche wurde auch auf die Beitragspflicht hingewiesen und dieses entsprechend protokolliert.

3. Ist das Niveau der geplanten Maßnahmen der Nutzung der Straße (Dorfstraße) angemessen bzw. wurde geprüft und sichergestellt, dass die Anwohnerinnen und Anwohner im Falle einer Beteiligung an den Kosten über Straßenausbaubeiträge nicht über Gebühr belastet werden?

Anlass der geplanten Baumaßnahmen in der Mönchsgasse und der St.-Ulrichs-Gasse ist die Verlegung eines Abwasserkanals und eines Regenwasserkanals im Trennsystem. Parallel zur Kanalverlegung erfolgt der grundhafte Ausbau der Verkehrsanlagen. Dieser ist zunächst auf Grund des Alters der Anlagen gerechtfertigt. Denn beim letztmaligen Ausbau vor mehr als 25 Jahren wurde nicht entsprechend dem heute gültigen Regelwerk gebaut. Das heißt, es erfolgte kein grundhafter Ausbau mit Nachweis der notwendigen Tragfähigkeit und dem dafür erforderlichen Oberbau. Außerdem ist die Oberflächenentwässerung der Fahrbahn und der Nebenanlagen nicht geregelt. Die Straßen werden jetzt entsprechend ihrer Verkehrsbelastung für Wohnstraßen nach der Richtlinie für die Standardisierung des Oberbaues von Verkehrsflächen RstO 2012 ausgebaut. Darüber hinaus ist auf Grund der gemeinsamen Bautätigkeit mit dem Entwässerungsbetrieb der geplante Ausbau der Verkehrsanlagen auch aus wirtschaftlichen Gründen sinnvoll. Dadurch wird es für alle Beteiligten, auch für die beitragspflichtigen Anlieger, zu einer Kostenersparnis kommen.

4. Hält der zuständige Ortsteilrat die Maßnahme hinsichtlich der Qualität des geplanten Ausbaus für angemessen?

Der Ortsteilrat war am gesamten Planungsprozess beteiligt. Die Entwurfsplanung wurde am 01.11.2017 mit Änderungen im Ortsteilrat bestätigt. Die Erneuerung der Beleuchtung wurde vom Ortsteilrat abgelehnt. Der Bau- und Verkehrsausschuss bestätigte die Entwurfsplanung einschließlich der neu geplanten Beleuchtungsanlage am 02.11.2017 (vgl. DS 1766/17).

5. Werden im Zuge der Maßnahme auch Anlagen bzw. Straßenbestandteile (Leitungen, Gehwege, Laternen u. ä.) erneuert, deren vorgesehene Nutzungsdauer noch nicht erreicht ist?

Der Tatbestand einer beitragspflichtigen Maßnahme ist erfüllt, wenn der Ausbau einer abgenutzten Anlage oder deren Teileinrichtung auf Grund des Investitionsaufwandes nicht der Unterhaltung der Anlage dient, sondern ihrer Erneuerung oder Verbesserung. Ist die Verkehrsanlage verschlissen, zumindest aber die übliche Nutzungsdauer der Anlage abgelaufen, hat die Gemeinde in ihrem Ermessen darüber zu befinden, ob sie eine Erneuerung bzw. Verbesserung der einzelnen Teileinrichtungen vornimmt oder weitere Instandsetzungs- und Erhaltungsmaßnahmen ausführen will und zwar ohne Rücksicht auf die Beurteilung der Erneuerungsbedürftigkeit durch die Anlieger. Entscheidet sie sich für die Erneuerung ist es allein maßgeblich, ob sich diese Entscheidung im Rahmen des Vertretbaren bewegt (vergl. OVG Münster, Beschluss vom 14.11.1997- 15 A 529/95 und Urteil v. 22.11.1995- 15 A 1432/93). Grundsätzlich ist dabei ein, durch jahrzehntelange Abnutzung verursachter Verschleiß, so wie er in der St.-Ulrichs -Gasse und Mönchsgasse vorliegt geeignet, eine Erneuerungsbedürftigkeit zu begründen. Die übliche Nutzungsdauer von Straßen beträgt nach ständiger Rechtsprechung 20 bis 25 Jahre. Bei Durchführung der Baumaßnahmen ist diese für die St.-Ulrichs-Gasse wie auch für die Mönchsgasse längst überschritten. Vergl. BayVGh, Beschluss vom 04.02.2005, 6 ZB 02.319; BayVGh, Beschluss vom 29.7.2009, 6 ZB 07.2861.

Da die vorhandene Beleuchtungsanlage nur eine Restnutzungsdauer von 6 Jahren hat und es keine Ersatzteile für die bestehende Anlage mehr gibt, wird die Beleuchtung im Rahmen des Bauprojektes erneuert. Bei Ausfall eines Leuchtpunktes müsste die gesamte Anlage umgestellt werden. Die bestehenden Masten sind zu niedrig, wodurch die Ausleuchtung nach heutigen Gesichtspunkten nicht mehr ausreichend ist.

Anlagen

gez. Reintjes
Unterschrift Amtsleiter

27.12.2017
Datum